

RUSSLAND IN EUROPA: STRATEGISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Während die wirtschaftliche Bedeutung Russlands in Europa in den letzten Jahren zugenommen hat, haben sich die politischen Beziehungen verschlechtert. Russland hegt unter Putin wieder verstärkt Grossmachtambitionen und vertritt zunehmend Interessen und Werte, die sich von denjenigen des Westens unterscheiden. Die Hoffnungen auf eine postimperiale und demokratische Identität Russlands haben sich stark eingetrübt. Europa und die USA sollten versuchen, ihre Interessen durch eine Kombination von Kooperation und strategischem Wettbewerb zu wahren.



Spannungsreiche Beziehungen: Vladimir Putin am EU-Russland-Gipfel in Brüssel, 21. Dezember 2012.

Sicherheit in Europa ist nicht ohne und nicht gegen Russland zu haben – so lautet ein Leitspruch in der europäischen sicherheitspolitischen Debatte. Russland wird in Europa als zentraler aussen- und sicherheitspolitischer Akteur wahrgenommen. Darauf legt Moskau auch ausgesprochenen Wert und setzt sich entsprechend in Szene. Als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats verhindert Russland etwa Sanktionen gegen Syrien. Gegenüber Europa pocht es auf seine Rolle als bedeutender Energieversorger. Zudem unterstützt der Kreml Sezessionsrepubliken wie Transnistrien, Abchasien und Südossetien und sichert sich so Druckmittel. Unklar bleibt daher auch, wie Sicherheit in Europa mit Russland gewährleistet werden soll.

Dieses Problem stellt sich umso mehr, als die russische Führung aussenpolitisch zunehmend kompromisslos auftritt. Die

NATO und die USA werden als Bedrohung angesehen. Daher versucht die russische Führung, den Einfluss der USA in Europa zu schwächen. Zudem will Russland eine Einflusszone in seiner Nachbarschaft durchsetzen. Dies läuft den Interessen der EU zuwider, die diese Staaten näher an den eigenen Wirtschafts- und Integrationsraum heranführen will. Der russische Anspruch auf Mitbestimmung geht mit einer zunehmend autoritären Innenpolitik einher. Dies zeigt sich exemplarisch am rigoroseren Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen. Gleichzeitig versucht die russische Führung, das Land gegen äussere Einflüsse abzuschotten.

Hinter dieser Entwicklung stehen wachsende Grossmachtambitionen der russischen Führung. Diese wurden zunächst relativ pragmatisch verfolgt, ab Mitte der 2000er Jahre jedoch zunehmend ideologi-

siert und anti-westlich ausgerichtet. Innenpolitisch dienen der zunehmend selbstbewusst vertretene Anspruch auf einen Grossmachtstatus und der Fokus auf externen Machtzuwachs dazu, vom erlahmten innenpolitischen Reformeifer abzulenken.

Die russische Grossmachtspolitik fordert die in Europa entstandenen Integrationsmodelle und -pläne des Westens zunehmend heraus. Bleibt politischer Wandel in Russland auch in Zukunft aus, so sind wachsende Auseinandersetzungen um Interessen und Werte in der Nachbarschafts- und Sicherheitspolitik und auch in den Wirtschaftsbeziehungen zu erwarten. Die EU und die EFTA-Staaten müssen eine Strategie im Umgang mit dieser Herausforderung entwickeln. Dabei ist Kooperation mit Russland in gewissen Bereichen weiterhin möglich und sinnvoll.

Russland als souveräne Grossmacht

Die globalen Ziele der russischen Führung basieren auf zwei grundlegenden Annahmen: Erstens habe Russland wegen seiner einzigartigen Geschichte und seiner schieren territorialen Ausdehnung Anspruch auf den Status einer Grossmacht. Und zweitens sei eine multipolare Weltordnung erstrebenswert, da diese Russland mehr Einfluss verschaffe. Als zentrale Elemente einer solchen neuen, multipolaren Weltordnung will Russland die Grundsätze der Staatensouveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten stärken. Für Staaten im russischen Einflussbereich sollen diese Prinzipien jedoch nur eingeschränkt gelten. Darüber hinaus gibt es aber kaum Ideen für die Funktionsweise einer solchen Ordnung.

Die Ausdrucksform des russischen Grossmachtstrebens veränderte sich über die Zeit. Bis Mitte der 2000er Jahre konzentrierte sich Moskau vor allem darauf, die ab 1990 dominante globale Rolle der USA vorsichtig in Frage zu stellen. Dies zeigte sich etwa beim Kosovokonflikt und im Irakkrieg. Russland versuchte, das Vorgehen der USA durch ein Veto im UNO-Sicherheitsrat zu blockieren und zu delegitimieren. Militärische Macht setzte Moskau nicht ausserhalb Russlands ein.

Etwa 2006 veränderte sich die Stossrichtung. Basierend auf einer Neuinterpretation der russischen Geschichte entwickelte der Kreml neue, staatszentrierte Konzepte. Russland grenzte sich zunehmend vom Westen ab und betonte seine traditionellen eigenen Wertvorstellungen. Hervorgehoben wurde etwa die Wichtigkeit eines starken Staates, denn Perioden schwacher Staatlichkeit seien historisch mit Chaos einhergegangen. Starke Staatlichkeit und Patriotismus erhielten daher Vorrang gegenüber der Wertschätzung des Individuums.

Stärke musste Russland auch auf internationaler Ebene demonstrieren, da insbesondere westliche Einflüsse und Massstäbe aus Sicht Moskaus auf die Unterminierung starker Staatlichkeit zielten. Als Folge wurde in der Aussen- und Sicherheitspolitik der Schwerpunkt mehr auf strategischen Wettbewerb und die nukleare Parität mit den USA gelegt, was zu einem Rückfall in die Konfliktmuster der Blockkonfrontation führte. So sollten der Georgienkrieg von 2008 und die russische Anerkennung von Abchasien und Südossetien den westlichen Staaten bezüglich ihrer Intervention und (mehrheitlichen) Anerkennung des Kosovo den Spiegel vorhalten.

Um die negativen Konsequenzen des Georgienkriegs und der globalen Wirtschaftskrise zu verringern, verfolgte Russland nach 2008 unter Präsident Dmitrij Medvedev kurzzeitig eine etwas kooperativere und auf wirtschaftliche Reformen ausgerichtete Politik. 2010 wurde ein Grenzvertrag mit Norwegen abgeschlossen. Der nach einigem Hin und Her gefällte Entscheid, einen WTO-Beitritt Russlands anzustreben, war ebenfalls ein wichtiges Zeichen dafür, dass das Land sich international nicht isoliert. Auch wenn Russland mit neuem Protektionismus auf den Beitritt reagiert hat, werden die langfristigen Folgen positiv sein.

Unter dem 2012 wiedergewählten Präsidenten Vladimir Putin wurde die Haltung

wieder konfrontativer. Putin erhöhte die Militärausgaben und verstärkte die Integrationsbestrebungen im postsowjetischen Raum, anstatt Reformen zur Diversifikation der rohstoffabhängigen Wirtschaft voranzutreiben. Im Syrienkonflikt zeigt sich Russland unnachgiebig. Die westlichen Hoffnungen, Russland könnte sich auf internationaler Ebene allmählich zu einem Partner transformieren, bleiben somit weiter unerfüllt.

Die innenpolitische Dimension

Die russische Führung kultiviert den Antagonismus zum Westen auch aus innenpolitischen Gründen. Die gezielte Definition der Identität Russlands als einer staatszentrierten, kulturell eigenständigen Grossmacht dient dabei dem Machterhalt der politischen Elite. Äussere Massstäbe können so leichter abgelehnt und «externe Kräfte» für interne Probleme verantwortlich gemacht werden. Dieser Versuch zur Identitätsstiftung und die Beschwörung externer Bedrohungssymbole spielen eine wachsende Rolle für die Abstützung des russischen Regimes, das zunehmend Legitimationsprobleme hat. Die Popularität Putins stützte sich neben den wirtschaftlichen Erfolgen und der gegenüber den 1990er Jahren erreichten politischen und wirtschaftlichen Stabilität auch auf die Wahrnehmung, dass Russland wieder eine Grossmacht sei. Inzwischen wird diese «Stabilität» von einem Teil der Bevölkerung jedoch immer mehr als Verkrustung eines ineffizienten und korrupten Regimes empfunden. Als Kompensation für den nachlassenden wirtschaftlichen Erfolg instrumentalisiert die russische Führung deshalb zunehmend die Aussenpolitik als Legitimationsfaktor. Denn innenpolitische Reformen würden zumindest für Teile der bestehenden Elite einen Machtverlust bedeuten.

Libérale Perspektiven werden in diesem von der Machtelite dominierten Diskurs systematisch benachteiligt. Reformorientierte Akteure werden marginalisiert, während Kräfte aus den Sicherheitsdiensten an Boden gewonnen haben. Der liberaler als Putin gesinnte Ministerpräsident Medvedev ist kaum mehr durchsetzungsfähig. Der ehemalige Finanzminister Aleksej Kudrin und der ideologische Vordenker Vladislav Surkov, die beide für wirtschaftliche Reformen, geringere Militärausgaben und eine politische Öffnung eintraten, haben ihre Positionen aufgegeben. Auch die Opposition, zivilgesellschaftliche Organisationen und liberale Wissenschaftler werden zunehmend gegängelt. Die Stärkung der

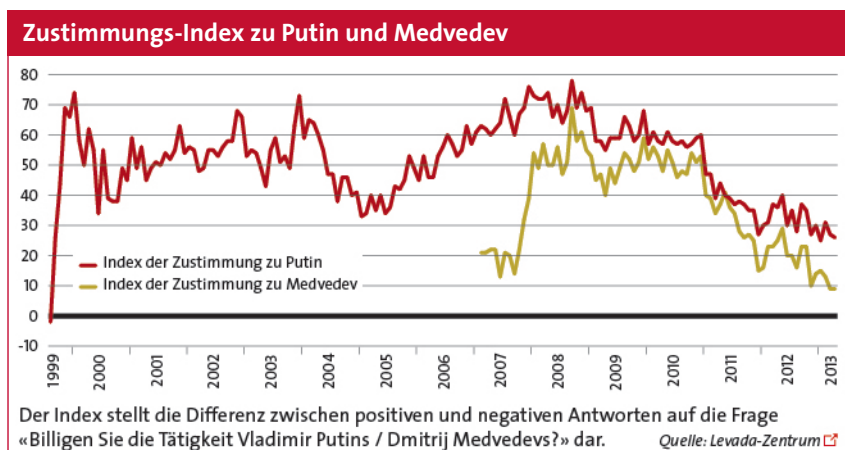
Legitimität der russischen Führung durch erfolgreiche innenpolitische Reformen statt einer Überbetonung des globalen Status ist in weite Ferne gerückt.

Eine kooperative Aussenpolitik kann in diesem Klima rasch zu einem Legitimitätsverlust des Regimes führen. Dies zeigte die nationalistische Kritik am Grenzvertrag mit Norwegen. Gleichzeitig verstärken solche nationalistischen Strömungen eine aggressive Aussenpolitik noch zusätzlich, wie der Georgienkrieg deutlich machte. Ein Kurswechsel hin zu einer kooperativeren Aussenpolitik ist deshalb ohne einen vorgängigen Wandel der politischen Führung kaum vorstellbar.

Spannungsfelder

Die Politik der russischen Führung bringt Russland in expliziten Gegensatz zum Westen. Für viele Streitpunkte lassen sich nur schwer kooperative Einigungen finden. Dies wird sowohl in sicherheitspolitischen Belangen als auch in der Nachbarschafts- und Energiepolitik deutlich. In der Sicherheitspolitik nimmt die russische Führung eine rein machtpolitische Perspektive ein. Moskau rechtfertigt dies mit dem Verhalten der westlichen Staaten nach 1990, als die USA ihre Macht durch Erweiterung der NATO einseitig ausgeweitet hätten, obwohl deutsche und US-Politiker der Sowjetunion 1990 im Gegenzug für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zugesichert hatten, nichts zu unternehmen, was die Sicherheit der Sowjetunion verringern würde. Die NATO-Osterweiterung bedrohe jedoch Russland, so die russische Führung. Die sicherheitspolitischen Prioritäten der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten werden dabei ebenso ausgeblendet wie die Veränderung des geopolitischen Kontexts und der Rolle der NATO.

Ein zentraler Streitpunkt bildet die von den USA geplante Raketenabwehr mit ihren Stützpunkten in osteuropäischen Staaten. Moskau hatte die Pläne Washingtons zur Errichtung einer nationalen Raketenabwehr und die 2002 erfolgte Aufkündigung des *Anti-ballistic Missile*-Vertrags schon lange, aber vornehmlich in Militärkreisen kritisiert. Der Kreml befürchtete, dass dieses Projekt die nukleare Zweitschlagkapazität Russlands verringern würde und warnte vor einem Verlust der strategischen Stabilität sowie einer Ankurbelung des Rüstungswettlaufs. Die Kritik wurde öffentlich erst laut geäussert, als die geplante Stationierung von Raketen in Ostmitteleuropa «an den Grenzen Russlands»



bekannt wurde, obschon diese gegen russische Atomraketen auf dem Weg in die USA nichts ausrichten können.

Für Washington war die Stationierung von Raketen in ostmitteleuropäischen Staaten auch aus allianzpolitischen Gründen wichtig. Man hätte so dem Wunsch der neuen Alliierten nach *«boots on the ground»* mit einer defensiven Bewaffnung nachkommen können. Genau diese Bindung der USA an Ostmitteleuropa will die russische Führung aber vermeiden. Ihre Kritik richtete sich deshalb vor allem gegen die Abfangraketen in Europa. Moskau drohte gar mit Präemptivschlägen. Auch die Verkleinerung des Projekts konnte die russische Führung nicht beschwichtigen: US-Präsident Barack Obama verzichtete 2009 auf die ursprünglich geplanten fest installierten Abfangraketen und reduzierte Anfang 2013 den Ersatzplan für ein mobiles System zusätzlich. Der Kreml beharrt jedoch auf seiner Maximalforderung einer rechtlich bindenden Abmachung, dass sich die Raketen nicht gegen russische Kernwaffen richten werden. Angebote der NATO zur informationellen Kopplung der Abwehrsysteme genügten nicht.

Gleichzeitig will die russische Führung ihre zahlenmässige Übermacht bei nichtstrategischen Kernwaffen zur Stärkung ihrer Position nutzen. Russland besitzt im Vergleich zum Rest der Welt mehr als doppelt so viele dieser Nuklearsprengköpfe, die auf Trägerraketen mit geringerer Reichweite als Interkontinentalraketen eingesetzt werden können. Die russische Führung sieht diese als Ausgleich für die konventionelle Überlegenheit der NATO. Über eine Abrüstung der nichtstrategischen Kernwaffen will Russland deshalb nur verhandeln, wenn gleichzeitig über neue, von den USA entwickelte Waffensysteme verhandelt wird, die die Fähigkeit zu globalen,

zeitnahen konventionellen Schlägen bieten. Zudem sollen die USA vorgängig alle noch in Westeuropa lagernden nichtstrategischen US-Kernwaffen abziehen.

In Bezug auf die kollektive Sicherheit in Europa will der Kreml nicht nur machtpolitisch, sondern auch konzeptionell die Zeit zurückdrehen. Er tritt für das uneingeschränkte Souveränitätsrecht von Staaten ein und lehnt jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten ab. 2009 legte Präsident Medvedev einen Vertrag über eine europäische Sicherheitsordnung vor. Dieser adressiert ausschliesslich zwischenstaatliche Konflikte und definiert das Prinzip der *«Unenteilbarkeit von Sicherheit»* neu: Vertragsparteien dürfen demnach nichts unternehmen, was von einem anderen Staat als Sicherheitsbedrohung angesehen wird. Damit will Russland letztlich ein Vetorecht gegenüber der NATO und EU-Verteidigungskooperation durchsetzen. Gleichzeitig würde ein solcher Vertrag die Grundprinzipien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verändern. Gemäss der OSZE umfasst Sicherheit nicht nur die sicherheitspolitische, sondern auch die menschenrechtliche und die wirtschaftlich-soziale Dimension. Dies ist dem Kreml ein Dorn im Auge, da es aus seiner Sicht die Grundlage für eine Einmischung in innere Angelegenheiten bietet. Eine Stärkung der OSZE liegt deshalb nur im Interesse Russlands, falls es dort eine Schwächung der Menschenrechtsdimension, insbesondere der Wahlbeobachtung, durchsetzen kann.

Die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen zeigen sich auch in der gemeinsamen Nachbarschaft, wo sich die Konkurrenz zwischen Russland und der EU verschärft hat. Russland sieht seine westlichen Nachbarn als Teil seines Einflussbereichs. Die EU versucht

hingegen, in diesen Ländern demokratisch-marktwirtschaftliche Reformen anzulegen und sie stärker an den eigenen Wirtschafts- und Rechtsraum heranzuführen. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht die Ukraine. Die EU hat mit Kiew ein Assoziierungsabkommen ausgehandelt, das neben einem Freihandelsabkommen auch politische, soziale und rechtliche Aspekte sowie eine Kooperation in der Aussen- und Sicherheitspolitik umfasst. Das Abkommen soll eine Alternative zur EU-Mitgliedschaft darstellen. Der Kreml betrachtet die Ukraine indes nicht als vollständig souveränen Staat. Moskau will erreichen, dass sie der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Belarus und Kasachstan beitrifft, mit der man die postsowjetischen Länder stärker an sich binden will. Als Anreize verspricht Russland einen verbesserten Marktzugang sowie günstigere Gaspreise. Die ukrainische Führung versucht, die schwierige Entscheidung zwischen Russland und der EU auf die lange Bank zu schieben.

Im Konflikt um die von Moldova abtrünnige Teilrepublik Transnistrien zeigt sich Moskau nicht bereit, zu einer Lösung beizutragen. Da Moldova ebenfalls einen Beitritt zur EU anstrebt und bald ein Assoziierungsabkommen unterzeichnen will, torpediert Russland einen Einigungsprozess. Aus russischer Sicht kann Moldova nur Unterstützung für seine Reintegrationsbemühungen Transnistriens erwarten, wenn es seine EU-Ambitionen aufgibt und ebenfalls Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft wird. Wiederum setzt Moskau sein Erdgas als Druckmittel ein. Russland droht mit der Einforderung bisher gestundeter Erdgasschulden der abtrünnigen Teilrepublik. Diese betragen mehr als die Hälfte des jährlichen Bruttoinlandsprodukts von Moldova.

Die russischen Wirtschaftsbeziehungen mit der EU sind eng und vielschichtig. Vom WTO-Beitritt Russlands erhofft man sich eine zusätzliche Stärkung. Die politischen Realitäten begrenzen dieses Potenzial jedoch. Da Moskau höheren Wert auf staatliche Kontrolle als auf wirtschaftliche Entwicklung legt, hat sich das russische Interesse an einer engeren Integration und Übernahme von EU-Standards verringert. Die Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen stecken daher fest. Auch bei der Erdgasversorgung zeigen sich zunehmend Konflikte. Die russische Führung will Erdgaslieferungen auch machtpolitisch instrumentalisieren. Sie hat ausländische Investitionen in die Erdgas-

produktion daher beschränkt, während nur der Staatskonzern Gazprom ein Exportmonopol besitzt. Gazprom strebt zudem über den Bau und die Kontrolle von Pipelines in der EU eine dominante Stellung an. Die EU ihrerseits hat versucht, den Erdgasmarkt flexibler und transparenter zu gestalten und die Kontrolle von Erdgasproduzenten über Pipelines zu begrenzen. Um dies zu verhindern, versucht Moskau nun, über Abkommen mit einzelnen EU-Staaten eine Aushöhlung des EU-Rechts zu erreichen.

Notwendige Strategie

Die Kooperation mit Russland ist derzeit schwierig, und eine Besserung ist nicht in Sicht. Das russische Streben nach Grossmachtstatus ist dabei instrumentell – es dient der Regimestabilität. Ohne Regimewandel wird Russland daher auch in Zukunft keine postimperiale Identität annehmen und nicht zu einem strategischen Partner für die westlichen Staaten werden. Die anderen europäischen Staaten brauchen daher eine Strategie zum Umgang mit Russland. Sie müssen ihre eigenen Standpunkte definieren und in Kernbereichen auch verteidigen.

Die Strategie sollte auch die Bereiche und die Bedingungen für eine Kooperation definieren. Kooperation mit Russland ist dort möglich, wo Russland geringe Kosten und hohe Statusgewinne hat, etwa in multilateralen Foren wie der G8 und der G20. Die WTO ist diesbezüglich ein Grenzfall. Sie ist aber nach russischer Auffassung zu schwach, um protektionistische Massnahmen zu verhindern. Auch an Wirtschaftskooperation ist Russland interessiert, um die eigene Wirtschaft zu stärken und Einfluss zu gewinnen. Möglichkeiten zur Kooperation durch Interessenausgleich bestehen zudem beim Vorgehen gegen nichtstaatliche Bedrohungen wie Terrorismus.

Im westlichen Interesse liegt auch eine Kooperation im Bereich der Rüstungskontrolle. Dadurch kann grössere Transparenz geschaffen, Vertrauen aufgebaut, Proliferation vermieden und der russischen Führung der Aufbau von Feindbildern erschwert werden. Bei der Raketenabwehr sollte auf russische Einwände militärstrategischer Natur, etwa der durch die Raketenabwehr veränderten nuklearen Parität, eine adäquate Antwort gefunden werden. Diese darf jedoch die Platzierung der Abfangraketen in Europa und ihre Nutzung nicht beeinträchtigen. Als Kooperationsangebot könnten die USA hier einen neuen Vertrag zur Abrüstung ballistischer Raketen vorschlagen.

Russland und die Schweiz

Bereits 2005 hat der Bundesrat neben anderen Ländern auch Russland in einer aussenpolitischen Standortbestimmung als Schwerpunktland für die bilateralen Beziehungen der Schweiz definiert. Die Wichtigkeit Russlands wurde in der aussenpolitischen Strategie 2012 bestätigt, wobei allerdings gleichzeitig auch die Bedeutung der EU und ihrer Mitgliedstaaten wieder stärker betont wurde. Vor diesem Hintergrund wurden die schweizerisch-russischen Beziehungen in den letzten Jahren intensiviert. Die angestrebte «strategische Partnerschaft» spiegelt sich u.a. in einem kontinuierlichen Austausch auf Regierungs- und Departementsebene.

Auf wirtschaftlicher Ebene stehen die Finanzbeziehungen im Zentrum. Die Schweiz ist ein bedeutender Finanzplatz für Kapital aus Russland. Wichtig ist auch der Anteil russischer Rohstoffe am für die schweizerische Wirtschaftsleistung sehr bedeutsamen Rohstoffhandel. So wird ein Grossteil der russischen Erdöl-Exporte über in der Schweiz domilierte Rohstoffhändler abgewickelt. Rund ein Drittel des in der Schweiz gehandelten Erdöls soll aus Russland stammen. Der reale Handelsverkehr mit Russland ist demgegenüber relativ unbedeutend: 2012 belief sich der Wert der Importe aus Russland auf rund 0,54 Milliarden CHF, derjenige der Exporte auf ca. 2,96 Milliarden CHF.

In politischer Hinsicht bedeutsam und häufigen institutionellen Kontakten zuträglich ist, dass die Schweiz seit dem russisch-georgischen Krieg 2008 die russischen Interessen in Georgien und die georgischen Interessen in Russland vertritt. Erfolgreich waren auch die schweizerischen Vermittlungsbemühungen, die dazu beitrugen, Georgien von der Blockade des WTO-Beitritts Russlands abzubringen. Dies ebnete Russland 2011/12 den Weg in die Welthandelsorganisation.

Die Intensivierung der schweizerisch-russischen Beziehungen birgt für beide Seiten gewisse Vorteile. So profitiert Russland von schweizerischer Unterstützung beim Aufbau des Finanzplatzes Moskau, bei der Steigerung der Energieeffizienz und bei der wirtschaftlichen Modernisierung oder bei der Reform des Jugendstrafrechts und -strafvollzugs. Auf politisch-strategischer Ebene ist die Schweiz für Russland vor allem als potenzielle Brückenbauerin gegenüber der Phalanx der europäischen EU- und NATO-Staaten interessant. So hat die Schweiz auf den russischen Vorschlag für einen neuen Sicherheitsvertrag zumindest im Ton weniger negativ reagiert als die übrigen westlichen Staaten. Die Schweiz wiederum profitiert von den guten Kontakten zu Moskau etwa im Rahmen des diesjährigen russischen G20-Vorsitzes. Erstmals wurde die Schweiz zur Teilnahme an den G20-Finanzminister- und -Zentralbankgouverneurstreffen eingeladen. Eine Einladung zum G20-Gipfeltreffen im September 2013 blieb allerdings aus.

Die Schweiz konnte durch die intensiverte Kooperation mit Russland die Beziehungen mit einem strategisch einflussreichen Land vertiefen und ihr internationales Profil verbessern. Gleichzeitig muss sie im Sinne einer Interessenabwägung aber auch die strategischen Ziele Russlands im Blick behalten und sicherstellen, dass sie nicht auf der Seite der europäischen Nachbarstaaten und anderer Partner verliert, was sie an Einfluss in Moskau hinzugewinnt.

- I** Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch
- I** Fachexperte für diese Analyse:
Jonas Grätz
jonas.graetz@sipo.gess.ethz.ch
- I** Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen
- I** ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

Nr. 134:	Die NSS 2014: Auf dem Weg zu einer Obama-Doktrin?
Nr. 133:	Europarat: Zeit für Reformen
Nr. 132:	Lashkar-e-Taiba: Lokale Organisation, globale Ambitionen
Nr. 131:	Berg-Karabach: Hindernisse für eine Verhandlungslösung
Nr. 130:	Der ICC: Hohe Erwartungen, zwiespältige Bilanz
Nr. 129:	Whole of Government: Zwischen Integration und Abgrenzung
Nr. 128:	Strategien gegen jihadistische Radikalisierung in Europa
Nr. 127:	Die Gruppe der nuklearen Lieferländer am Scheideweg
Nr. 126:	Pooling and Sharing, Smart Defence und die Schweiz
Nr. 125:	Nepal: Stockender Friedensprozess und Schweizer Engagement
Nr. 124:	Der syrische Bürgerkrieg: Zwischen Eskalation und Intervention